

... UND SONST?

+++ Gasag-Kunden können noch vor Beginn der Heizperiode im Oktober mit der dritten Preissenkung dieses Jahres rechnen. Die **Tarife** dürften dann um einen zweistelligen Prozentsatz **sinken**, kündigte das Unternehmen an +++ Mit einem **Personalabbau** und zeitlich gestreckten Investitionen will das Universitätsklinikum Charité seine Millionenverluste eindämmen. Charité-Chef Karl Max Einhüpl sagte der *Berliner Morgenpost*, es sollten 2009 mehrere hundert Stellen eingespart werden. „Wir wollen in diesem Jahr 200 bis 300 Kräfte im Bereich der Fa-

kultät, in der Verwaltung und in einzelnen Kliniken abbauen“ +++ Die **Polizei** ist erneut gegen die Rauschgiftkriminalität am **Kottbusser Tor** vorgegangen. Polizisten überprüften am Donnerstag 27 Personen und sprachen 18 Platzverweise aus +++ Tierschützer haben am Freitag auf dem Alexanderplatz Unterschriften für die **artgerechte Haltung** von Kaninchen gesammelt. Ein neu gegründetes bundesweites Aktionsbündnis „Kaninchenmast, nein danke“ kritisierte, dass die Tiere meist in kleinen Drahtkäfigen auf Gitterböden leben müssen +++

„Pro Reli“-Gegner besorgt um Kirche

In der innerkirchlichen Auseinandersetzung über den geplanten Volksentscheid „Pro Reli“ haben sich die Gegner eines verpflichtenden Religionsunterrichtes an die evangelische Landessynode gewandt. In einem am Freitag bekannt gewordenen offenen Brief an die Kirchenparlamentarier zeigt sich die Initiative „Christen pro Ethik“ besorgt über die Auswirkungen der „Pro Reli“-Kampagne auf die evangelische Kirche. Das Konsistorium erklärte, das Schreiben werde der Haltung der Landeskirche in keiner Weise gerecht. „Wir sind bestürzt über ihre Wort- und Argumentationswahl, über ihre Appellation an religiöse Gefühle und die Instrumentalisierung von Fürbitten, über die Platzierung ihres Logos neben denen der Parteien“, heißt es unter anderem in dem Schreiben. **SPD**

Senat streicht der S-Bahn Geld

Der Senat kürzt seine Zahlungen an die S-Bahn um 5 Millionen Euro. Die Leistungen der S-Bahn seien mangelhaft gewesen, betonte Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) am Freitag. Die Kürzungen sollen dem öffentlichen Personennahverkehr wieder zugutekommen. So werde das Geld für den Bau von Aufzugsanlagen an mehreren U-Bahnhöfen eingesetzt. Die Summe von 5 Millionen Euro soll in zwei Etappen einbehalten werden. Am 15. April würden zunächst 2,5 Millionen Euro weniger überwiesen, weitere 2,5 Millionen Euro am 15. Mai einbehalten. Laut der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat die S-Bahn ihre nach dem Verkehrsvertrag mit dem Land Berlin zu erfüllenden Leistungen „teilweise nicht beziehungsweise schlecht erfüllt“. **SPD**

Buntes Bündnis gegen rechts

Das Oberverwaltungsgericht urteilt für die NPD: Bundesparteitag darf am Wochenende in Berlin stattfinden. Für diesen Samstag ist eine Gegendemonstration direkt vor dem Tagungsort geplant

VON TERESA SITZMANN

Auf nach Reinickendorf: Ein breites Bündnis aus Parteien, Gewerkschaften und antifaschistischen Initiativen ruft für dieses Wochenende zum Protest gegen den NPD-Parteitag. Am Freitag hat das Oberverwaltungsgericht beschlossen, dass der Bezirk der NPD den Ernst-Reuter-Saal im Rathaus zur Verfügung stellen muss – doch jetzt will man gemeinsam zeigen, dass die Partei dort nicht willkommen ist.

Der stellvertretende Bezirksbürgermeister Peter Senftleben (SPD) hofft auf viele Demonstrierende, die sichtbar machen, dass Berlins Bürgerinnen und Bürger Rassismus und antidemokratische Einstellungen ablehnen. Start der Demonstration ist heute um 9 Uhr am S- und U-Bahnhof Wittenau; von dort aus geht es in Richtung Rathaus. Für die anschließende Kundgebung haben sich zahlreiche Politiker aus allen in der Bezirksverordnetenversammlung vertretenen Parteien angekündigt. Auch die Linkspartei-Politikerin Petra Pau, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, und Claudia Roth, Bundesvorsitzende der Grünen, werden dort sprechen.

Roth erklärte bereits im Vorfeld, dass nun „alle demokratischen Kräfte zusammenstehen müssen, um den Nazis mit friedlichen und machtvollen Aktionen zu zeigen, dass sie nicht erwünscht sind, sondern in Berlin



Die Gegendemonstranten zum NPD-Parteitag wollen die Naziparolen platzen lassen wie Seifenblasen FOTO: AP

rechts von Anfang der Woche bestätigt. Um den NPD-Bundesparteitag fernzuhalten, hatte der Bezirk Anfang März beschlossen, seine Räume ausschließlich den Bezirksverbänden der Parteien zu vermieten – aber nicht für die Bundespartei. Doch das Gericht

menschen- und verfassungsfeindliche Äußerungen während des Parteitags verboten werden. Diese Klausel schlug die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) vor, sie ist nach Angaben von Katrin Schultze-Berndt, CDU-Geschäftsführerin für Schule, Bildung und Jugend, im März 2008

Parteitag fand dann in der Bundeszentrale der NPD statt.

Auch diesmal will die NPD die Klausel anfechten. Und zur Not nicht nur vor das Verwaltungsgericht ziehen, sondern durch alle Instanzen bis nach Karlsruhe, so NPD-Bundesgeschäftsführer Klaus

Friedbert Pflüger – Sie erinnern sich: Der Herr aus Hannover wollte einst Vorsitzender der Berliner CDU werden – und verlor nach innerparteilichem Streit sein Amt als Fraktionschef im Abgeordnetenhaus. Zuvor war er bereits als Bürgermeisterkandidat seiner Partei gefloppt. Zuletzt scheiterte er im Herbst letzten Jahres bei dem Versuch, Spitzenkandidat der Berliner CDU für die Europawahl 2009 zu werden – aber jetzt hat Friedbert Pflüger einen neuen Job. Seit gestern ist er nämlich Honorarprofessor an der Embry-Riddle Aeronautical University, die ihren Stammsitz in Florida und seit 2007 eine Niederlassung an der Berliner Kurfürstenstraße hat. Die Universität bildet Piloten, Flugverkehrskontroll- und anderes Personal im Bereich Luft- und Raumfahrt aus. Es leuchtet sofort ein, möch-



te man da denken, was Herrn Pflüger für diesen Job qualifiziert: Er versteht halt etwas vom Abheben, von Höhenflügen und von deren düsterer Seite auch: Pflüger ist Experte für Abstürze und Bruchlandungen.

Aber halt: Das sind gar nicht die Fächer, die Professor Pflüger unterrichten soll. Sicherheit, Abrüstung, internationale Beziehungen sollen diese Themen sein. Stimmt, der Mann war ja mal Experte für so was, sogar Staatssekretär im Verteidigungsministerium, bevor die Berliner CDU ihn zum Bruchpiloten machte. Trotzdem: Ein bisschen verdankt Pflüger den Job wohl doch seiner Lust am Fliegen. Den Aufsichtsratschef der deutschen Uni-Dependance, Elmar Giemulla, hat er nämlich beim Kampf um den Flughafen Tempelhof kennengelernt. AWI

FOTO: AP

werkschaften und Initiativen vor die Teilnehmenden treten.

In einem Eilverfahren hatte das Oberverwaltungsgericht als zweite Instanz eine erste Entscheidung des Verwaltungsge-

Parteien könne die NPD nachteiligt werden.

Jetzt will der Bezirk die NPD mit einer antifaschistischen Mietklausel fernhalten. Der Partei sollen über den Mietvertrag

NPD-Landesparteitag zu verhindern. Die Partei weigerte sich, den Mietvertrag zu unterschreiben, klagte vergeblich in einem Eilverfahren vor dem Verwaltungsgericht – und verlor. Der

geplant: Die Linkspartei-Abgeordnete Evrim Baba ruft dazu auf, die NPD-Pressekonferenz „lautstark zu begleiten“. Treffpunkt ist um 13 Uhr vor dem Rathaus Reinickendorf.

NPD wohnt in Berlin

Die Ermittlungen über den wahren Wohnsitz des NPD-Landeschefs Jörg Hähnel wurden vorerst eingestellt

Der Chef der Berliner NPD Jörg Hähnel darf sein Mandat für die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Lichtenberg behalten. Die Amtsermittlungen gegen Hähnel wegen möglichen Vortäuschens eines falschen Wohnsitzes seien bis auf Weiteres eingestellt, teilte das Bezirksamt Treptow-Köpenick auf Nachfrage mit. Geprüft wurde, ob Hähnel nicht wie von ihm angegeben in Berlin, sondern in der Brandenburger Gemeinde Am Mellensee (Teltow-Fläming) wohnt – und damit laut Landeswahlgesetz keinen Parlamentssitz in der Hauptstadt besetzen darf.

„Die Ermittlungen ruhen“, bestätigt Svend Simdorn (CDU), Stadtrat für Bürgerdienste in Treptow-Köpenick. Der Bezirk war aktiv geworden, weil Hähnel als Wohnsitz die Köpenicker NPD-Bundeszentrale angegeben hatte – wie vier seiner Parteikollegen, unter anderem NPD-Bundeschef Udo Voigt, auch. Laut Katrin Framke (parteilos), Lichtenberger Bezirksrätin für Bürgerdienste, wohnen aber zumindest Hähnels Frau und Kinder schon länger in Brandenburg.

Nach Angaben des Mellenseer Bürgermeisters Frank Broshog (parteilos) sind nur Hähnels Frau und Kinder dort gemeldet. „Hähnel selbst behauptet, dauerhaft getrennt von der Familie zu leben“, so Broshog. Stadtrat Simdorn sieht damit die Möglichkeiten erschöpft: „Hier das Gegen-

teil zu beweisen würde detektivi-sche Arbeit benötigen.“ Auch könne die NPD-Zentrale durchaus als Wohnraum dienen: „Es reicht, wenn dort Zahnbürste und Waschlappen liegen.“

Teltow-Fläminger Initiativen sind wenig überzeugt, dass Hähnel wirklich in der Zentrale haust. „Nach unseren Informationen wohnt er in der Mellen-seer Gemeinde“, sagt Jörg Wanke, Sprecher des Demokratie-Bündnisses „Zossen zeigt Gesicht“. Der NPD-Chef nehme aktiv am Gemeindeleben teil, habe auch versucht, sich in die Jugendarbeit einzubringen. Auch Andrea Nienhuisen vom Mobilien Beratungsteam Brandenburg spricht von Hinweisen, dass Hähnel in der Gemeinde wohne. Stadträtin Framke bleibt deshalb skeptisch: Gebe es neue Erkenntnisse, werde sie die Ermittlungen wieder aufnehmen.

Jörg Hähnel hat derweil andere Sorgen: Die Berliner NPD ist nach gruppenweisen Austritten krisengebeutelt. Im Oktober erhielt er eine Geldstrafe von 4.500 Euro, weil er in der BVV die Tötung der KPD-Mitbegründerin Rosa Luxemburg gebilligt hatte. Und am Dienstag gab es wegen seiner Mitgliedschaft in der inzwischen verbotenen rechtsextremen Jugendorganisation Heimattreue Deutsche Jugend bei Hähnel Hausdurchsuchungen: In der Köpenicker NPD-Zentrale – und in Mellensee. KO

Blick der Minderheiten

Der Perspektivenwechsel im neuen Programm der Werkstatt der Kulturen ist nicht nur symbolisch

„Es geht uns darum, die Perspektiven der Minderheiten sichtbar zu machen“, sagt Philippa Ebéné, seit knapp einem Jahr Leiterin der Werkstatt der Kulturen. Diese klare Linie findet sich eindeutig in dem neuen Programm der Werkstatt wieder, das Ebéné am Freitag vorstellte. Den Schwerpunkt setzt die selbst aus der Film- und Theaterarbeit kommende Ebéné dabei zunächst auf das Kino.

Vier KuratorInnen unterschiedlicher ethnischer Herkunft betreuen in der Werkstatt der Kulturen Filmreihen, die etwa den neuen indisch-asiatischen Film abseits von Bollywood oder die arabisch-orientalische Filmwelt zum Thema machen. Auch die äußerst erfolgreichen nigerianischen Filmproduktionen, die der dortigen Szene den Beinamen „Nollywood“ eingebracht haben, werden präsentiert. Dass die KuratorInnen sowohl den Regionen verbunden sind, deren Produkte sie zeigen, wie auch der westlichen Kultur, ist Grundsatz des neuen Programms: Dem in Deutschland dominierenden Blick auf die Welt sollen andere Perspektiven entgegengesetzt werden.

Dass Künstler das in Berlin bereits praktizieren, machen weitere regelmäßige Programmpunkte deutlich: zum Beispiel die jeden Freitag stattfindende Transmusikale, bei der der aus dem Senegal kommende Sänger und

Komponist Abdourahmane Diop Berliner Musiker jedweder Herkunft zum gemeinsamen Arbeiten vor Publikum einlädt. Auch die von der Deutschjapanerin Masayo Kajimura kuratierte Filmreihe „Made in Germany“ geht in diese Richtung: Kajimura präsentiert deutsche Filme, gemacht von Menschen mit Migrationsgeschichte.

In der von der Choreografin Oxana Chi kuratierten „Tanzkulturelle“ soll ebenfalls die Auseinandersetzung mit transkultureller Identität im Mittelpunkt stehen. Chi, in Deutschland geboren, arbeitete in den vergangenen zwei Jahrzehnten als Künstlerin in über 20 Ländern auf allen Kontinenten. Transkulturalität sei für sie „wie eine Reise zu mir selbst“, sagt Chi: Sie verspeise die Eindrücke, die sie auf ihren Reisen gewinne, und scheidet sie dann wieder aus: „Auf ästhetische Art!“

Um die Begleitdebatte zu den neuen, postmigrantischen oder hybriden Ausdrucksformen wird es in der von der Politologin Bilgin Ayata kuratierten Reihe „Wort trifft Tat“ gehen. Am Samstag ab 12 Uhr gibt es in der Werkstatt der Kulturen Kostproben des neuen Programms, unter anderem Kurzfilme aus dem neuen Angebot. BesucherInnen werden merken, dass der Perspektivenwechsel tatsächlich sichtbar ist: Die Bühne im großen Saal wurde um 180 Grad gedreht. AWI

socialbar im tazcafé

Social Networking Vernetzen für eine bessere Welt

Die Socialbar ist ein Erfahrungsaustausch von Weltverbessern zum Thema „online vernetzen, offline bewegen“. Über Erfahrungen, wie man das Netz für politisches und gesellschaftliches Engagement nutzen kann. Über Fragen und Probleme, vor denen NGOs und Initiativen dabei stehen. Darüber, wie „Web 2.0“ die Zivilgesellschaft stärken kann. www.socialbar.de

Themen im April: Was ist Web 2.0 für Non-Profit-Organisationen? • Der erste carrotmob in Berlin • Der Nutzen von Podcast für NGOs • Die Wechselwähler-WG.

Dienstag, 7. April 2009, 19 Uhr
tazcafé im Rudi-Dutschke-Haus
Rudi-Dutschke-Str. 23 | Berlin-Kreuzberg
Eintritt frei

die tageszeitung